Nr. 495 ♦ 39. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 241

Abend-Ausgabe

5 Mark

Bezugspreis:
Für den Monat Oktober 250.— M. voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet sowie Oesterreich und Luxemburg 346.— M., für das übrige Ausland 515.— M. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Luxemburg, Oesterreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Nonpareillezeile kostet 60.— M. Reklamezeile 300.— M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 14.— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12.— M. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 8.— M. jedes weitere Wort 6.— M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 20.— M.
Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—295 und 2506—2507

Donnerstag, den 19. Oktober 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Hauptexpedition u. Inseraten-Abteilung: Dönhoff 2506—2507

Landwirtschaft gegen Produktionssteigerung.

Der Volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstages beriet heute vormittag den Gesetzentwurf über die Erhöhung der Umlagepreise. Außer der Vorlage der Regierung lagen eine große Zahl von anderen Anträgen zur Abänderung des Umlagegesetzes vor. Deutschnationale und Deutsche Volkspartei beantragen Herabsetzung der Umlage von 2½ Millionen auf 1¼ Millionen Tonnen und Festsetzung der Umlagepreise in Höhe von ¾ des Marktpreises. Das bedeutet 90 000 M. die Tonne statt 20 500 M., wie die Regierungsvorlage vorsieht. Zur Geschäftsordnung wurde von den Abgeordneten Dr. Böhmne (Dem.) beantragt, der Ausschuß möge die Vorlage der preußischen Regierung an den Reichsrat wegen Lieferung von Chilisalpeter für abgelieferies Getreide miberaten. Gegen diesen Antrag wendeten sich die Vertreter der Landwirtschaft, Schiele (Dnat.), Hepp (D. Vp.) und Dr. Heim (Bayr. Vp.). Auch der Reichsernährungsminister Fehr erklärte sich dagegen. Der preußische Ministerpräsident Braun befürwortete den Antrag, da jede Verzögerung die Durchführung des preußischen Antrages für 1923 unmöglich mache. Um den geschäftsordnungsmäßigen Bedenken aus dem Wege zu gehen, erklärte Genosse Hertz, die sozialdemokratische Fraktion nehme den Antrag auf, ohne sich damit mit den Einzelheiten einverstanden zu erklären.

In der sachlichen Debatte legte der preußische Landwirtschaftsminister Dr. Wendorff die Notwendigkeit einer Mehrdüngung und Produktionsförderung der Landwirtschaft dar. Der Reichsernährungsminister sowie die landwirtschaftlichen Vertreter aber erhoben zahllose Bedenken und beantragten die Einsetzung eines Unterausschusses. Demgegenüber betonte der preußische Ministerpräsident Braun noch einmal, daß ohne Verdoppelung der Preiserhöhung mit der Düngemittelfrage die Sache unabsehbar hinausgezögert und unmöglich gemacht wird. Reden über die Produktionssteigerung bringen uns keinen Halm mehr. Wir müssen unter Ueberwindung der Schwierigkeiten zu Taten kommen. Inländische Stickstofferzeugung deckt die Nachfrage nicht. Wir brauchen also die Einfuhr von Stickstoffen. Die Devisenbeschaffung ist gewiß schwer, aber im nächsten Jahre noch schwerer. Hunderttausende von Bauern haben überhaupt noch kein Gramm Düngemittel verwendet. Wir müssen also einen Zwang ausüben, sonst gehen wir zugrunde.

Dr. Böhme (Dem.) vertrat ähnliche Anschauungen, während Dr. Heim, unterstützt von den Deutschnationalen, der Volkspartei und dem Reichsernährungsminister Dr. Fehr, nur Bedenken gegen diesen Antrag äußerte. Genosse Krähig stellte die Abneigung der Landwirtschaft gegen die Möglichkeit der Produktionssteigerung fest und betonte gegenüber den Bedenken der schwierigen Devisenbeschaffung, daß man ja bei Tabak und bei der Einfuhr von Mais solche Bedenken nicht gehabt habe. Es gäbe aber auch in Deutschland genügend Devisen, die man dafür verwenden könne. Notwendig sei allerdings, daß man sie dann durch Zwang erfasse.

Gegen Mittag wurde die Einsetzung des Unterausschusses beschlossen und die Weiterberatung auf Freitag vertagt.

Gegen die Kartoffelhamsterei.

Reichstagsabgeordneter Genosse Giebel macht die Reichsregierung in einer Kleinen Anfrage auf einen allgemein empfundenen Mißstand aufmerksam. Er sagt:

„In den Großstädten, insonderheit in Berlin, macht sich ein stark fühlbarer Mangel an Kartoffeln von Tag zu Tag mehr bemerkbar. Angesichts der reichen Kartoffelernte kann dieser Mangel nur auf ungenügende Ablieferung durch die Landwirtschaft zurückgeführt werden. Aus verschiedenen Teilen des Reichs sind mir Nachrichten zugegangen, die übereinstimmend erklären, daß bereits seit Anfang Oktober die Landwirte ihre Kartoffeln einmieten und so gut wie keine Kartoffeln auf den Markt bringen, anscheinend um „bessere" Preise im Spätwinter abzuwarten.

Indem ich die Aufmerksamkeit der Reichsregierung auf diese bei der gegenwärtigen Notlage und Nahrungsmittelsorge der besitzlosen Bevölkerung unverantwortliche Geschäftstüchtigkeit offenbar zahlreicher Landwirte hinlenke, bitte ich um Auskunft, ob auch der Reichsregierung solche ziemlich allgemeinen Maßnahmen bekannt geworden sind und mit welchen Mitteln sie gegen dieses Verfahren vorzugehen beabsichtigt."

Die Einigung über die Präsidentenwahl.

Unzufriedenheit der Rechten.

Ueber die Tatsache, daß die bürgerlichen Mittelparteien bereit sind, Ebert im Amt des Reichspräsidenten zu bestätigen, zeigt sich die Rechtspresse äußerst ungehalten. Die „Kreuzztg." schreibt:

Wir halten es nach wie vor für bedauerlich, daß auf diese Weise ein sozialistischer Präsident dem deutschen Volke voraussichtlich noch 2½ Jahre erhalten bleiben wird. Die bürgerlichen Koalitionsparteien und die Bayerische Volkspartei sind sich anscheinend nicht bewußt, daß sie auch diesmal im Sinne der Sozialdemokratie arbeiten.

Noch um einen Grad schärfer äußert sich die „Deutsche Zeitung", indem sie die Meldung über die erfolgte Einigung folgendermaßen kommentiert:

Demnach wünschen also die drei genannten bürgerlichen Parteien, nämlich die Deutsche Volkspartei, das Zentrum und die Bayerische Volkspartei, für weitere 2½ Jahre die derzeitige sozialdemokratische Reichspräsidentenschaft zu verlängern. Sie ziehen damit bewußt einen Trennungsstrich zwischen sich und den national denkenden Kreisen des Volkes, der künftighin nicht mehr wird verwischt werden können.

Die Methode der äußersten Rechten, jeden als „nicht nationaldenkend" zu bezeichnen, der nicht so will wie sie, hat mit der Dauer ihrer Anwendung ihren Reiz verloren und wirkt nur noch lächerlich. Im übrigen kann uns ihr Aerger nur in der Auffassung bestärken, daß die sozialdemokratische Fraktion richtig gehandelt hat, indem sie den Vorschlag des Abgeordneten Marx annahm.

Außerhalb der äußersten Rechten findet die Einigung der Parteien natürlich Billigung. Wenn aber im „B. T." das Auge des unentwegten Erich Dombrowski schon den Himmel der „großen Koalition" offen sieht, so scheint es uns notwendig, ein weithin sichtbares Warnungszeichen aufzurichten. Denn ganz nahe bei der „großen Koalition" liegt der — große Krach.

Ein Protest Escherichs.

Der bekannte Forstrat Escherich hat, wie von TU. in höchst sensationeller Ausführlichkeit berichtet wird, an den Reichspräsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem er gegen die Verschiebung der Wahl protestiert. Dadurch, daß die Amtsperiode des Reichspräsidenten verlängert und die Volkswahl entsprechend hinausgeschoben wird, fühlt er sich in seinem demokratischen Empfinden — seine Orgesch war bekanntlich nur ein Organ für höhere Demokratie — aufs tiefste verletzt. Er prophezeit als Folge der Wahlverschiebung „innerdeutsche Kämpfe, gewaltiger und gefährlicher als eine Wahlschlacht". — Wie TU. feierlich meldet, soll dieses Handschreiben des Forstrats dem Reichspräsidenten zu bestimmter Stunde überreicht werden.

Es ist unverständlich, warum sich Escherich mit diesem Brief an den Reichspräsidenten wendet, der ja selber ebenso wie die Sozialdemokratische Partei die Vornahme der Volkswahl am 3. Dezember dringend gewünscht hat. Er hätte sich lieber an die Deutsche und die Bayerische Volkspartei wenden sollen, die ihm bedeutend näher stehen und die durch den Aufwand stärkster Mittel die Verschiebung der Wahl durchgesetzt haben.

Im übrigen würde der Reichspräsident u. E. am richtigsten handeln, wenn er den Brief Escherichs an die Polizeibehörden weitergeben würde, damit diese feststellen können, ob es sich hier um die Vorbereitung eines neuen Kapp-Putsches handelt oder bloß um eine Hanswursterei.

Die Richter für die Republik.

Auf seiner letzten Vertreterversammlung hat der Preußische Richterverein folgende Entschließung angenommen:

„Die zum diesjährigen Vertretertag des Preußischen Richtervereins in Berlin versammelten Mitglieder erblicken in der Verfassung die Grundlage des Rechts und eine Gewähr für den Bestand des Vaterlandes. Sie bekennen ihre unerschütterliche Verfassungstreue.. Das hohe Ziel der preußischen Richter bleibt eine unparteiische und volkstümliche Justiz, die arm und reich, rechts und links mit gleichem Maße mißt. Die Vorwürfe, von diesem Ziele in politischen Sachen abgewichen zu sein, sind der Gesamtheit des Richterstandes gegenüber unbegründet. Ausnahmefälle, welche zu berechtigter Kritik Anlaß geben, werden auch von den preußischen Richtern verurteilt. Die hieraus gegen die Allgemeinheit der Richter erhobenen Verdächtigungen verdienen scharfe Zurückweisung. Die preußischen Richter erwarten von der Oeffentlichkeit, daß ihr ehrliches Streben, die Rechtsprechung unparteiisch und rein zu erhalten, anerkannt wird."

Der Vertretertag spricht zwar nur von der Verfassung als der Grundlage des Rechts; da wir jedoch nur eine republikanische Verfassung haben, kann man die Erklärung des Preußischen Richtervereins als ein reichlich spätes, aber doch immer noch erfreuliches Bekenntnis zur Republik ansehen.

Neue Anklagen vor dem Staatsgerichtshof.

Für den 24. Oktober und die folgenden Tage sind drei neue Anklagen vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik zur Verhandlung vorgesehen. Zunächst wird gegen den Kapitänleutnant Wolfgang Dietrich und den Schriftsteller Stein aus Burg Saaleck wegen Begünstigung der Rathenau-Mörder verhandelt werden. In zweiter Linie wird verhandelt gegen den Kaufmann Goethe aus Halle a. d. S. wegen Beleidigung des Reichspräsidenten und an dritter Stelle gegen den Landwirtschaftseleven Zieske aus Greifswald i. P.

Bayerische Justiz.

München, 19. Oktober. (TU.) Das Volksgericht verurteilte in dem neuen Landesverratsprozeß den Augsburger Studenten Riedinger wegen Begünstigung zu fünf Jahren Gefängnis und hob außerdem die Bewährungsfrist auf, die Riedinger für den Rest einer Strafe gewährt wurde, die er wegen Beteiligung an der bayerischen roten Armee im Juli 1919 erhalten hatte.

Finanzelend und Steuerplän

Die Finanzen der öffentlichen Körperschaften befinden sich in völliger Unordnung. Je stürmischer die Geldentwertung fortschreitet, um so mehr und um so rascher steigen ihre Ausgaben, die Einnahmen weit hinter sich lassend. Infolgedessen schwellen auch die Schulden um viele Milliarden täglich an. Die schwebenden Schulden des Reiches sind in der letzten September dekade um 89 748 Millionen auf 450 698 Millionen Mark gestiegen. Wir sind, da die Schulden des Reiches auch nach dem 1. Oktober um mehr als 3 Milliarden täglich gestiegen sind, inzwischen schon bei fast 500 Milliarden schwebender Schulden des Reiches angelangt. Das ist mehr als das Vierfache der auf Grund des Voranschlages auf etwa 110 Milliarden veranschlagten Jahreseinnahmen des Reiches!

In einer ähnlichen Lage befinden sich die Finanzen der Gemeinden. Auch sie haben ohne jede Ausnahme trotz größter Sparsamkeit auf allen Gebieten und Vernachlässigung dringend notwendiger Aufgaben riesige Mindereinnahmen und täglich wachsende Schulden. Wird ihnen nicht schleunige Hilfe zuteil, dann sind viele von ihnen bald an dem Punkt angelangt, wo es ihnen nicht mehr möglich sein wird, den Verpflichtungen ihren Arbeitern, Angestellten und Beamten gegenüber nachzukommen. Lange hat es gedauert, bis auch die Reichsbehörden die unhaltbare Lage der Gemeindefinanzen anerkannt haben. In dem Gesetzentwurf zur Abänderung des Landessteuergesetzes, der gegenwärtig dem Reichsrat vorliegt, ist nun vorgesehen, daß der bisher auf 5 Proz. festgesetzte Anteil der Gemeinden an der Umsatzsteuer vom 1. Januar 1923 an auf 20 Proz. erhöht werden soll. Um den auf das Reich entfallenden Anteil am Ertrag der Umsatzsteuer durch diese Erhöhung des Gemeindeanteils nicht zu schmälern, soll gleichzeitig der allgemeine Satz der Umsatzsteuer von 2 Proz. auf 2½ Proz. erhöht werden.

Zweifellos würde die Durchführung dieser Absicht den Gemeindefinanzen eine ziemlich wirksame Hilfe bringen. Bei der ungeheuren Teuerung dürfte der durch die Erhöhung der Umsatzsteuer für die Gemeinden erzielte Mehrertrag im Jahre 25 bis 30 Milliarden Mark betragen. Trotzdem müssen wir gegen diesen Weg die allerschwersten Bedenken erheben. In der Sozialdemokratie verkennt niemand die Notlage der Gemeinden. Sie hat auch zuerst die Notwendigkeit einer wirksamen Hilfe durch das Reich betont. Aber damit ist nicht jeder Weg gebilligt, den die Bureaukratie vorschlägt. Und bleibt vielmehr die dringende Pflicht, selber zu prüfen, ob nicht die Nachteile dieser Maßnahme für die gesamte Volkswirtschaft und die Lohn- und Gehaltsempfänger viel größer sein werden als die Vorteile, die den Gemeinden entstehen.

Die Umsatzsteuer ist eine Verbrauchssteuer, das heißt, sie soll abgewälzt werden. Sie wird auch abgewälzt, und zwar nicht nur in Höhe der Steuer, sondern zuzüglich eines Gewinnaufschlages für den Unternehmer. Da die Umsatzsteuer bei jedem Verkauf erhoben wird — im Durchschnitt wechselt jede Ware vom Erzeuger bis zum Verbraucher vier- bis fünfmal den Besitzer —, so bedeutet die Erhöhung der Umsatzsteuer um ¼ Proz. eine weitere steuerliche Belastung der Warenpreise um 2¼ bis 3 Proz. Eine allgemeine Verteuerung der Waren ist deshalb die sichere Folge dieser Maßnahme. Das bedeutet aber auch Steigerung aller sachlichen und persönlichen Ausgaben der öffentlichen Körperschaften, verschärft also aufs neue ihre Notlage.

Sind das bereits recht erhebliche wirtschaftliche Bedenken, so sind die sozialen Bedenken noch stärker. Die Verbrauchsbesteuerung belastet die kleinen Einkommen am stärksten. Es gibt keine Möglichkeit, denjenigen, der nicht einmal die notdürftigsten leiblichen Bedürfnisse befriedigen kann, von der Besteuerung auszunehmen. Den Rentnern, den Armenunterstützungsempfängern und ähnlichen auf Bettelpfennige angewiesener Menschen wird der letzte Bissen Brot durch die Steuer geschmälert. Je größer die Familie ist, um so größer ist die Last. Der Erzeuger hat seinen Eigenverbrauch vollkommen frei, der Konsument muß alles versteuern. Welche Begünstigung der agrarischen Bevölkerung, die sich ohnedies in hohem Maße allen steuerlichen Verpflichtungen zu entziehen weiß!

Hilft man also auf diesem Wege den Gemeinden, so belastet man in allerstärkstem Maße die städtischen Verbraucher. Man könnte also genau so gut den Städten befehlen, von ihren Bewohnern einen für jeden gleichen prozentualen Betrag zu erheben. Dieser Weg wäre sogar noch einfacher und empfehlenswerter. Er erspart den Umweg der Verrechnung über das Reich und enthält nicht den neuen Anreiz zur Aufwärtsbewegung der Preise. Er wäre überdies auch ehrlicher, weil er jeden erkennen ließe, daß diese Art Steuergesetzgebung völlig frei ist von sozialen Erwägungen.

Soll aber unsere unsoziale Steuergesetzgebung noch unsozialer werden? Infolge der Geldentwertung geht der prozentuale Anteil der Besitzsteuern an den Reichseinnahmen sowieso ständig zurück, der der Verbrauchssteuern aber steigt

waltig. Der Ertrag der Kohlensteuer zum Beispiel, der Anfang des Rechnungsjahres auf 22 Milliarden veranschlagt wurde, wird jetzt auf 120 Milliarden geschätzt. Die Zölle sollten 8 Milliarden bringen. Der Goldzuschlag zu den Zöllen allein hat im Monat Juli fast 2 Milliarden gebracht, im September bringt er sicherlich das Drei- bis Viersache. Die Zwangsanleihe dagegen, die durch den Treubruch des Bürgerblocks auf 70 Milliarden Papiermark festgesetzt wurde, anstatt einer Milliarde Goldmark, spielt jetzt in den Reichseinnahmen fast keine Rolle. Lumpige zwei Papiermilliarden sind im August eingegangen. Die ganze Zwangsanleihe, die ursprünglich mehr als den dreifachen Betrag der Kohlensteuer ausmachen sollte, wird, wenn sie völlig bezahlt ist, etwa die Hälfte der Kohlensteuer einbringen. Wer bei dieser Entwicklung der Reichsfinanzen die Erhöhung der Umsatzsteuer von 2 auf 2½ Proz. befürwortet, der möge nur gleich hinzufügen, daß überhaupt nur die Verbraucher belastet werden dürfen und daß es das beste ist, wenn man die Besitzenden völlig von der Steuerleistung befreit.

Statt neuer Verbrauchssteuern brauchen wir dringend die Neuregelung des Lohnabzugs. Trotz aller Anpassungsversuche des Gesetzgebers steigen die Steuerabzüge immer wieder stark an. Der Lohnabzug in seiner jetzigen Form ist ebenso eine Strafe für richtige Steuerleistung, wie die Regelung für die übrigen Steuerpflichtigen eine Prämie für die Steuerhinterziehung ist. Die steuerfreien Abzüge für das Existenzminimum und die Werbungskosten sind schon wieder seit Monaten absolut ungenügend. Sie müssen wesentlich erhöht werden. Aber es kennzeichnet den Geist unserer Steuergesetzgebung, daß es dazu erst immer wieder eines Anstoßes von außen bedarf und daß die Finanzbehörden gar nicht daran denken, von sich aus solche Vorschläge zu unterbreiten. Preissteigerungen und Lohnentwicklung aber machen es dringend notwendig, daß spätestens am 1. November eine solche Neuregelung des Lohnabzuges in Kraft tritt. Die Initiative dazu ist von der Sozialdemokratie ergriffen worden. Sie hat im Reichstag einen Gesetzentwurf eingebracht, durch den der Steuersatz von 10 Proz. für Einkommen bis 300 000, anstatt bisher 100 000 M., gilt. Ferner sollen die existenzfreien Beträge um das Viersache und die Werbungskosten um das Fünffache erhöht werden.

Dringend notwendig sind auch für die Gemeinden Maßnahmen gegen die weitere Geldentwertung. Den Gemeinden nützt die Erhöhung der Umsatzsteuer gar nichts, wenn infolge des Marksturzes ihr Haushalt immer aufs neue in Unordnung gebracht wird. Deshalb muß sich jeder, dem die wirkliche Sanierung der Gemeindefinanzen am Herzen liegt, dem in Aussicht genommenen Flickwerk, das nur die alten, ausgetretenen Wege weist, aufs schärfste widersetzen. Den Gemeinden kann ebenso wie den übrigen öffentlichen Körperschaften und der gesamten Wirtschaft nur geholfen werden durch eine Stützungsaktion für die Mark, verbunden mit Maßnahmen, die ein wertbeständiges Anleihepapier im Innern schaffen, und durch energische Handlungen gegen die Devisenspekulation. Nur dieser Weg öffnet die Aussicht auf gesündere Verhältnisse und bewahrt uns vor dem völligen Hinabgleiten in den Abgrund.

Das Hausgehilfengesetz im Wirtschaftsrat.

Einmütige Ablehnung der Arbeitnehmer.

Der Reichswirtschaftsrat setzte seine Beratungen über den Hausgehilfengesetzentwurf fort. Bekanntlich konnte der Reichswirtschaftsrat in seiner letzten Sitzung vor den Ferien in zweiter Lesung keine Einigung über den Gesetzentwurf erzielen. Die Arbeitnehmergruppen hatten nach Ablehnung ihrer grundsätzlichen Anträge über die Arbeitszeit demonstrativ die Sitzung verlassen. Das hatte zur Folge, daß sämtliche Aenderungsanträge der Arbeitgebergruppen angenommen wurden. Man beschloß daher, zur Klärung der Lage nach den Ferien eine dritte Lesung vorzunehmen, die am Mittwoch stattfand. Es liegen eine ganze Reihe von Arbeitnehmeranträgen vor, die im wesentlichen die Wiederherstellung der Fassung des Sozialpolitischen Ausschusses bezwecken. Gegenstand recht lebhafter Aussprache bildete wieder die Frage der Arbeitszeit.

Da alle Abänderungsanträge der Arbeitnehmervertreter unberücksichtigt blieben, stimmten diese schließlich in der Endabstimmung geschlossen gegen das Gesetz. Christliche, Hirsch-Dunckersche und sozialdemokratische Vertreter waren in der Ablehnung völlig einig.

Die Unschuld der KPD.

Sozialdemokraten sinds gewesen!

Der Katzenjammer in der KPD. ob der kindischen Art, wie man durch das gewalttätige Vorgehen am Sonntag nur die Reaktion gestärkt hat, scheint groß zu sein. Ueber die heftigen Auseinandersetzungen, die auch im Zentralausschuß darüber stattfanden, hat man bis heute noch nicht berichtet. Aber nach außen hin muß etwas geschehen, um die Mitglieder bei der Stange zu halten. So hat man denn folgendes schöne Geschichtchen heute in der „Roten Fahne" aufgetischt:

„In führenden Kreisen der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei wird heute unter Eingeweihten ganz offen ausgesprochen: Man muß gegen die Kommunisten mit polizeilichen Mitteln vorgehen, da man es mit politischen nicht schafft. Man muß den Betriebsrätekongreß mit Gewalt zerschlagen, da man es durch die Diktatur der Gewerkschaftsbureaukratie allein nicht kann. Man brauchte die „Oktober-Aktion", wie der „Vorwärts" die Vorgänge vom Sonntag nennt, und da die Kommunisten nicht daran dachten, wollte man sie auf diese Weise schaffen."

Wie wäre es, wenn die „Rote Fahne" gleich deutlicher würde. Wir könnten nachhelfen. Der Plan für die Sonntag-Aktion ist in der Redaktion des „Vorwärts" entstanden. Von dort aus wurde er in die Funktionärversammlung am Freitag lanciert. Da die Hälfte der Funktionäre, angeekelt durch „das Treiben der Gen. Fischer" (Siehe Bericht vom Z.-A.) weggelaufen war, fand er bei dem Rest günstigen Boden. Und so nahm das Verhängnis seinen Lauf. Unbegreiflich bleibt nur, daß so kluge Leute, wie die Redakteure der „Roten Fahne" auf solche plumpe Machination hineinfallen konnten.

Besatzungswillkür gegen Parlamentarier.

Sämtliche Fraktionen des Reichstags, mit Ausnahme der Kommunisten, haben folgende Kleine Anfrage eingebracht:

„Im Laufe des letzten Jahres haben die Besatzungsbehörden im besetzten Rheinland sich mehrfach Uebergriffe erlaubt gegen Parlamentarier des Deutschen Reichs oder der Länder. Es sind Verhaftungen vorgekommen trotz der gesetzlich festgelegten Immunität der Abgeordneten. Vernehmungen haben ohne genügenden Anlaß stattgefunden. Sachliche Reden der Abgeordneten in den Parlamenten oder in Versammlungen auch im unbesetzten Gebiete sind zum Gegenstande von Untersuchungsverfahren gemacht worden.

Welche Schritte hat die Reichsregierung demgegenüber unternommen zwecks Wahrung der Immunität gegenüber den Abgeordneten seitens der Besatzungsbehörden?"

Der Sprung ins Wasser.

Reichstagsabg. Dr. Struve wegen Beleidigung verurteilt.

Kiel, 19. Oktober. (TU.) Wegen Beleidigung des Seeoffizierkorps im allgemeinen und des ersten Offiziers vom kleinen Kreuzer „Mainz", des damaligen Kapitänleutnants Thalens, im besonderen, war vor der Kieler Strafkammer der Reichstagsabgeordnete Dr. Struve angeklagt. Die beleidigenden Aeußerungen sind in einer am 12. Dezember 1918 von der Demokratischen Partei im „Schloßhof" zu Kiel abgehaltenen Versammlung in einem Vortrag über das Thema „Marine — Weltkrieg — Revolution" gefallen. Dr. Struve erklärte bei seiner Vernehmung, er habe in dieser Versammlung nur gesagt, daß ein jüngerer Offizier im Seegefecht bei Helgoland am 28. August 1914 als einer der ersten Offiziere über Bord gesprungen sei, obgleich noch zwei Geschütze gefechtsbereit waren und sich noch Mannschaften und Verwundete an Bord befanden. Er habe weder den Namen des Schiffes, noch den Offizier genannt. Nach der Bekundung eines Kapitänleutnants war es dem anwesenden Offizier jedoch klar, daß es sich um den kleinen Kreuzer „Mainz" und dessen ersten Offizier handele. Der Nebenkläger, jetziger Korvettenkapitän a. D. Thalens, gab nun ein Bild der Vorgänge an Bord während des Gefechts. Die Zeugenaussagen gaben von den Vorgängen ein widersprechendes Bild. Der Staatsanwalt ließ die Anklage wegen Herabsetzung des Ansehens des Seeoffizierkorps in der öffentlichen Meinung fallen. Wegen formeller Beleidigung des einzelnen Offiziers beantragte er eine Geldstrafe von 6000 M. Das Gericht erkannte auf eine Geldstrafe von 2000 M. und Tragung der Kosten des Verfahrens. Dr. Struve wird gegen das Urteil Berufung einlegen.

Frankreichs Reparationsvorschläge.

Paris, 19. Oktober. (EE.) Gestern abend fand auf dem Quai d'Orsay eine neue Sitzung statt, um die endgültigen französischen Vorschläge für die Reparationskommission auszuarbeiten. Poincaré hatte Barthou, de Lasteyrie, Reibel, Mauclère und Seydoux sowie andere Sachverständige in sein Arbeitszimmer berufen. Die Denkschrift, die Barthou der Reparationskommission übermitteln wird, ist keine Antwort auf das Projekt Bradburys. Es ist darin keine Rede von der allgemeinen Regelung des Reparationsproblems, auch nicht von der Kompensierung der interalliierten Schulden und nicht von einer etwaigen Verminderung der deutschen Schuldsumme. Poincaré glaubt, daß diese Frage von den Regierungen gelöst werden müsse und daß die Reparationskommission sie nicht erörtern solle. Barthou wird deshalb namens der französischen Regierung ausdrücklich fordern, daß das Projekt Bradburys nicht erörtert werden soll. Das französische Projekt bezieht sich ausschließlich auf die Reform und die Kontrolle der deutschen Finanzen. Poincaré regte an, daß die Reparationskommission gemäß ihren Beschlüssen vom 31. August vorgehe, d. h. über die Moratoriumsbitte der deutschen Regierung einstweilen keine Entscheidung treffen soll, bis ein Reformplan für die deutschen Finanzen angenommen sein wird. Die französische Denkschrift nimmt Punkt für Punkt das am 31. August aufgestellte Programm der Reparationskommission auf, nämlich Herstellung des Gleichgewichts im deutschen Budget, Währungsreform und Ausgabe von auswärtign und inneren Anleihen. Ueber jeden dieser Punkte wird Barthou zur Prüfung seinen Kollegen genaue Vorschläge erstatten. Von Pfändern und Sanktionen wird in der Denkschrift nicht die Rede sein.

„Die Revision von Versailles unvermeidlich."

London, 19. Oktober. (WTB.) Auf der gestern in Leicester eröffneten Jahresversammlung des Verbandes der Handelskammern brachte Sir Albert Hobson (Sheffield) eine Entschließung über die deutschen Reparationen ein, worin es heißt, daß ein Ausschuß ernannt werden soll, um die Reparationsfrage zu prüfen, damit der Vollzugsrat der Handelskammer der Regierung seine Ansicht unterbreiten kann. Sir Albert Hobson erklärte, eine Revision des Versailler Vertrages erscheine unvermeidlich, und wenn eine Revision stattfinden müsse, so sollten die Geschäftsleute in ihren Interessen bei dieser Revision und bei der endgültigen Regelung für ermäßigte Forderungen an Deutschland eintreten. Ohne eine Revision sei Deutschland nicht in der Lage, der Inflation des Papiergeldes Einhalt zu tun. Bei dem augenblicklichen Stand der Dinge könne die Inflation ohne Unterstützung oder Druck von außen nicht aufgehalten werden. Nach seiner Ansicht betrage der für die Ausfuhr zur Verfügung stehende Ueberschuß deutscher Waren nicht mehr als 120 Millionen Pfund Sterling im Jahre, und dieser Ueberschuß sei in großem Maße entscheidend für die Zahlungen, die Deutschland zu leisten habe.

Krestinski nach Berlin zurückgekehrt. Der bevollmächtigte Vertreter der russischen Sowjetregierung Krestinski ist, wie die PPR. erfahren, wieder nach Berlin zurückgekehrt und hat die Berliner Vertretung wieder übernommen.

Russische Kunst.

Von John Schikowski.

Am Eröffnungstage der Russischen Kunstausstellung, die gegenwärtig in der Galerie von Diemen, Unter den Linden 21, stattfindet, hielt der russische Regierungsvertreter Dr. Gründberg eine Begrüßungsansprache, die mit den Worten schloß: „Unser Ziel ist eine Brücke von der russischen Kunst zur deutschen, zum Wohle und Gedeihen beider." Diese Worte wollen wir unterstreichen, sie drücken einen Wunsch aus, der auch uns am Herzen liegt. Ein Zeitalter hindurch hat die russische wie die deutsche Kunst in einem Abhängigkeitsverhältnis zur französischen gestanden, das beiden Nutzen brachte, heute aber unberechtigt, unnatürlich und unerträglich wäre. Solange die Kunst ihr Ziel in formaler Schönheit und klassizistischem Geiste sah, konnten die romanischen Völker unsere Lehrmeister sein. Jetzt, wo die Kunst Ausdruck des Seelischen sucht, gelten die Lehren und Werte, die wir aus Paris und Italien beziehen könnten, nichts mehr. An dieser großen Jahrtausendwende der Kunstentwicklung, deren Zeugen wir sind, treten die germanischen und slawischen Völker führend an die Spitze. Die Abgeschlossenheit, die der Weltkrieg mit sich brachte, hat Deutsche und Russen gezwungen, sich auf die eigene Kraft zu stellen, und das Ergebnis ist für beide Länder eine eigene künstlerische Kultur, die sie vordem nicht besaßen, und die den überraschenden Beweis liefert, daß deutsches und russisches Empfinden viel näher miteinander verwandt ist, als man geahnt hatte. Die neuesten Kunstrichtungen, die man unter dem Namen „Expressionismus" zusammenfaßt, finden das tiefste Verständnis und die konsequenteste schöpferische Pflege östlich vom Rhein und nördlich von den Alpen. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß der erste äußere Anstoß zur Wandlung von Paris und Italien ausging. Die Anregung kam von dort — durch die französischen Kubisten und die italienischen Futuristen —, aber die folgerechte Weiterentwicklung vollzog sich in Deutschland und Rußland während der furchtbaren Jahre des Krieges. Die französische und italienische Kunst lenkte wieder ein in die Bahnen klassizistischer Schönheitsideale, die deutsche und russische blieb expressionistisch, d. h. seelische Ausdruckskunst. Das Schicksal der Kunst im neu anbrechenden Zeitalter liegt in den Händen der deutschen und russischen Künstler. Ihre Pflicht ist es, sich von wesensfremden Einflüssen frei zu halten, ihre Eigenart unbeirrt zu pflegen und zu entwickeln und sich bei der Erfüllung dieser weithistorischen Mission gegenseitig zu fördern und zu befruchten. Die Brücke, die die erste russische Kunstausstellung zu schlagen unternimmt, muß von uns beschritten werden, und sie wird zum Wohle und Gedeihen nicht nur der beiden Völker, sondern der Weltkultur dienen.

Die Ausstellung gibt einen lückenlosen Ueberblick über die Entwicklung der russischen Malerei seit dem Beginn dieses Jahrhunderts. Die ältere Zeit interessiert weniger. Es mag für die Wissenschaft reizvoll sein, in den Arbeiten der Wasnetzow und Archipow, der Tourjanski und Morawow, der Impressionisten Jonkowski, Korowin und Juon die eigentümlich russischen Elemente bloßzulegen: im Grunde sind diese Elemente vorwiegend stofflicher Natur, während das eigentlich Künstlerische kein Eigenwuchs, sondern Pariser Treibhausprodukt ist. Auch Rojdestwenski und Filonow reden noch die Formsprache der französischen Kubisten und italienischen Futuristen. Erst bei dem „Primitiven" Iwanow und bei der wunderbar kraftvollen Stepanowa fängt die russische Seele zu dämmern an, und in den weiter „links" gelegenen Bezirken der „Suprematisten" Malewitsch, Dremin, Rodschenko, des „Konstruktivisten" Tatlin, in den schwingenden Linien und Farbenrhythmen Sterenbergs, in der strengen Formensymbolik Altmanns und in den Märchen und Volksliedern des großen Farbenpoeten Chagall ringt diese Seele sich zu völliger Reinheit und Klarheit des Ausdrucks durch. Mitläufer verschiedenen Wertgrades umsäumen den Weg und tummeln sich um die eigentlichen Pfadfinder. Die einzelnen Gruppen und Richtlinien sind für uns ohne Bedeutung. Es ist gleichgültig, ob man zur gegenstandslosen Malerei schwört, wie die geniale Kandinsky, ob man als Anhänger des Suprematismus noch bestimmten strengen Gesetzen die Bildfläche gliedert und im rhythmischen Spiel geometrischer Farbformen das alleinige Heil sieht, ob man mit Farben malt oder nach Art unserer Merzkunst alle möglichen anderen Stoffe zu Hilfe nimmt — das Einheitliche und Große des Gesamteindrucks liegt in dem urgewaltigen, alle Hindernisse bewältigenden, alle Mittel benutzendem Drange nach neuen Ausdrucksformen, in der hinreißenden Wucht, mit der eine neue, noch in Geburtswehen liegende Zeit um ihre künstlerische Sprache ringt. Man lallt und stammelt noch oft, aber auch im Lallen und Stammeln kündet sich tiefstes seelisches Leben, und es dringt zu Herzen, wie es von Herzen kommt.

Dasselbe gilt, und vielleicht in noch höherem Maße, für die russische Plastik. Hier ist völliges Neuland. Archipenko hat der europäischen Skulptur die neuen Wege gewiesen, Gabo, Tatlin, Rodschenko, Goganson, Stregeminsky schreiten darauf vorwärts. Bronze, Fayence, Glastafeln, Pappdeckel, Holzbretter, Wellblech, Röhren und Maschinenteile werden in den Dienst der neuen Aufgabe gezwungen, nicht nur rhythmisch gegliederte Massen, sondern Raumkonstruktionen zu gestalten. Und sogar die Dynamik in Gestalt beweglicher Skulpturteile muß mithelfen. Vieles bleibt zweifelhaftes Experiment, tastender Versuch, aber überall spürt man heiligen Ernst und heißes, ehrliches Ringen.

Eine Ausstellung von Schülerarbeiten (die Schüler sind meistens Kinder oder schlichte russische Arbeiter), von Plakaten, Bühnenausstattungen, von kunstgewerblichen Arbeiten und Spielzeugen rundet das Bild. Und aus allem spricht derselbe Geist, das gleiche Streben: vorwärts zu neuen Ufern!

Eine unerschöpfliche Fülle von Anregungen nicht nur für unsere Künstler, sondern auch für das kunstliebende Publikum bietet die russische Ausstellung. Sie ist wochentäglich von 10 bis 6 Uhr, Sonntags von 11 bis 2 Uhr bei einem Eintrittspreis von 25 M. geöffnet.

Eröffnung des Renaissance-Theaters. Das Renaissance-Theater in der Hardenbergstraße ist ein behagliches Haus. In einen Filmsaal wurde die kleine Bühne hineingebaut, die man mit der „Miß Sarah Sampson" Lessings einweihte. Ludwig Berger vereinfachte und milderte, was in der bürgerlichen Tragödie von 1775 dem heutigen Geschmack nicht mehr erträglich ist. Erstaunlich bleibt, daß dieses in der Geschichte doch berühmte, in der Wirklichkeit sogar packende Stück an hundert Ecken und Enden geschmälert und geändert werden darf, ohne daß der Strom des Rührenden und Aufregenden in allzu peinliche Aermlichkeit versiegt. Gewiß, wir weinen nicht mehr wie die Betrübten von 1755, aber wir vernehmen desto heilhöriger, was sich einstens in dem männlich werdenden Lessing begab. Er war ein Moralist, der als erster sich in den Schmerz der Lady Milford und der Cameliendame hineinfand, und derartig einem großen Heer bedauernswerter Weiber das Leben gab. Wahrscheinlich war Marwood für ihn wichtiger als die sentimentale Sarah. Er hat für die Marwood, die verlassene Frau mit dem zweifelhaften Lebenswandel, einen ganzen Roman des Mißgeschicks gedichtet. Für sie sprechen tausend Gründe der Entschuldigung. Als wichtigster Entlastungszeuge dient ihr dieser schwächliche Mellefont. Er ist ein schuftiger Geselle, ein verkrachter und schäbiger Don Juan. Der alte Sampson, der ihn am Todesager der Tochter als Sohn umarmt, irrt sich gründlich über den sauberen Herrn. Mellefont stößt sich den Dolch nur in die Brust, weil er nicht mehr dem Labyrinth seiner Gemeinheit entschlüpfen kann. — Das Kostüm dieser Zeit ist eng und vielfach verschnürt. Die Menschen sind sparsam in der Bewegung und gehen sogar in der Leidenschaft mit gezügelter Grandezze. Dafür sind sie desto beredter, und die Schleusen ihres Wortes öffnen sich bis zur Verschwendung. So konnte Lucie Höflich als Marwood hundert Register ziehen. Sie skandierte gelehrt, sie gab sich und dem Texte eine Haltung, die nicht vergessen werden kann. Man wagte nicht mehr zu lächeln und entdeckte, daß Lessing sich ohne Ueberhebung brüsten durfte, den Schwulst aus der Theatersprache ausgerottet zu haben. Fräulein Kanitz duldete mit schmeichelnder Anmut. Sie leistete das Beste, was die Rolle der Sarah verlangte. Und es ist doch höchst schwierig, so formvoll und verlogen zu sterben, wie es der unerbittliche Lessing vorschreibt. Theodor Loos hütete sich, die Verworfenheit des Verführers übergrell zu beleuchten. Deshalb begeht er jedoch eine Sünde an dem Geist seiner Rolle. So gelassen, so geschmeidig und unschuldig, wie er als Mellefont tat, ist dieser ehescheue und wahrheitsscheue junge Mann nicht.

Nun noch die Fragen nach der Bedeutung der neuen Bühne. Sie unternahm zur Einweihung ein Experiment, das nicht schlecht glückte, indem sie einige Gäste einlud. Doch die Hauptakteure stehen nur als geladene Zufallsgäste auf der Bühne, geborgt und hoch bezahlt für den Elitеabend. Denkt man an das, was der Alltag des neuen Theaters bringen soll, dann fürchtet man allerhand. Denn außer dem sehr talentierten Fräulein Kanitz spielte sich von den vorhandenen Kräften kaum jemand über das geringe Mittelmaß hinaus. Die Stars hatten sich gewissenhaft mit dem imponierenden Regisseur verständigt. Genügt das dem Ehrgeiz des neuen Unternehmers? Von einer beschleunigten und klaren Antwort auf diese Frage hängt alles ab.

M. H.

Abgelehnt sind die Herren v. Graefe und Genossen, die durch eine Kleine Anfrage an den Reichsjustizminister wegen einer kleinen Verulkung des Reichswehrministers den Staatsgerichtshof gegen das darob zu Tode erschreckene Feuilleton des „Vorwärts" mobilmachen wollten. Die Antwort des Justizministers besagt, daß die Verschmähung von Ministern — ganz abgesehen von der Frage, ob eine solche wirklich vorliegt — nur dann unter das Schutzgesetz falle, wenn sie zugleich zur Herabwürdigung der Republik diene. Ein Strafantrag sei von Herrn Geßler nicht gestellt.

Kunstabende des Bezirksamts Wedding. Heute 8 Uhr findet in der Aula Grüntaler Str. 5 der erste Kunstabend statt unter Mitwirkung von Gertrud Steiner-Rostein, Anita Lessing, Lautenschläger, Kammervirtuose von der Staatsoper Leonhard Kohl.

Die politische Spannung in England.

London, 19. Oktober. (EP.) In der innenpolitischen Lage ist gestern unvermutet eine dramatische Wendung eingetreten. Um die Absicht Lloyd Georges zu vereiteln, das Parlament nicht vor dem konservativen Parteikongreß am 15. November aufzulösen, beschloß gestern der Vollzugsausschuß der Konservativen Partei, den Parteivorsitzenden Younger mit der sofortigen Einberufung des Parteikongresses zu betrauen. Man nimmt an, daß der Parteikongreß schon am nächsten Montag zusammentreten wird. Sobald diese Nachricht in Downingstreet bekannt wurde, versammelten sich die liberalen Minister und Lloyd George, um über die Lage zu beraten. Ueber diese Beratungen ist bisher nichts bekannt geworden. Heute nacht ging das noch unbestätigte Gerücht, daß die Parteileitungen der Konservativen und Liberalen beschlossen hätten, bei den Wahlen getrennt vorzugehen, nach den Wahlen aber im Parlament wieder ein gemeinsames Programm zu befolgen. Die heutige Sitzung der Konservativen wird mit großer Spannung erwartet, da sie eine Demission Lloyd Georges zur Folge haben könne. Man nennt jetzt den 11. oder 18. November als Datum der allgemeinen Wahlen.

Paris, 19. Oktober. (EP.) „Daily Mail" teilt mit, daß bei den gestrigen Ersatzwahlen in New Port der konservative Kandidat Reginald Clarry 13 515, der Kandidat der Arbeiterpartei 11 425 und der liberale Kandidat 8841 Stimmen erhielten.

Der französische Kommunistenkongreß.

Paris, 19. Oktober. (WTB.) Der kommunistische Kongreß, der gestern nachmittag in einer Geheimsitzung über die innerhalb der Partei wegen der von ihr einzunehmenden Taktik schwebenden Streitigkeiten weiter verhandelte, hat in einer Nachtsitzung den Bericht der eingesetzten Konfliktskommission entgegengenommen, die **den Ausschluß aller derer beantragt, die sich nicht unbedingt auf den Moskauer Standpunkt stellen.** Es befinden sich darunter in der Hauptsache Intellektuelle, die bis jetzt innerhalb der Partei eine führende Rolle gespielt haben. Der Kongreß wird seine Arbeiten heute fortsetzen und erst dann seine Entscheidung über den Ausschluß und über die künftig einzunehmende Taktik treffen.

Ausweisung eines deutschen Kommunisten.

Paris, 19. Oktober. (Havas.) Die Polizei hat gestern abend den deutschen kommunistischen Landtagsabgeordneten Franz Dahlem, der ohne Paß nach Paris gekommen war, ausgewiesen.

Rußland und die Meerengenfrage.

Paris, 19. Oktober (EE.) Tschitscherin empfing einen Vertreter der „Chicago Tribune" und erklärte ihm: Rußland hätte sich um die Konferenz von Mudania nicht zu kümmern gehabt, denn diese sei nur für den Abschluß eines Waffenstillstandes gewesen, und Rußland habe mit dem Kriege nichts zu tun. Auf der Dardanellenkonferenz müsse Rußland aber unbedingt vertreten sein. Es werde dabei das folgende Programm verfechten: 1. Alle türkischen Ansprüche in den Grenzfragen, wie sie in dem Nationalpakt von Angora niedergelegt sind, werden von Rußland unterstützt werden. 2. Rußland unterstützt die Souveränitätsrechte der Türkei an den Meerengenküsten; diese Rechte dürfen nicht vermindert werden. 3. Rußland widersetzt sich der Aufrechterhaltung und der Schaffung neuer neutraler Zonen. 4. Rußland widersetzt sich jeder Kontrolle der Meerengen durch den Völkerbund. 5. Rußland widersetzt sich jeder Kontrolle durch eine auswärtige Macht über die Dardanellen oder andere türkische Gebiete. 6. Rußland fordert die Freiheit für die Handelsschiffe in den Meerengen, soweit dies mit dem Souveränitätsrecht der Türkei zu vereinbaren ist. Eine Konferenz zur Regelung dieser Fragen ohne Teilnahme Rußlands würde von Rußland niemals anerkannt und deren Beschlüsse als null und nichtig angesehen werden.

Trotzki in den Spuren Wilhelms.

Moskau, 17. Oktober. (WTB.) Trotzki wies auf dem Kongreß der kommunistischen Jugend in einer großen Rede über die Geschichte des russischen Kampfes um den Frieden auf die Bedeutung der Förderung des Wiederaufbaues der russischen Flotte hin. Entgegen aller Verleumdungen der internationalen Presse behaupte die Sowjetmacht ihren Friedenswillen, **werde jedoch niemals das Schicksal der russischen Küsten der Willkür imperialistischer Admirale ausliefern, sondern die bisher lückenhafte Marine energisch aufbauen.**

Der russische Ausverkauf.

Moskau, 17. Oktober. (WTB.) In einer auf der Konferenz der Holzindustrie gehaltenen Rede betonte Krassin die Notwendigkeit der Heranziehung ausländischen Kapitals zur Ausbeutung der russischen Waldschätze. Die ausländischen Kapitalisten, die früher auf einer Entnationalisierung ehemaliger ausländischer Fabriken in Rußland bestanden hätten, beträten jetzt den Weg der Verständigung mit der Sowjetregierung in Form von Bildung gemischter Aktiengesellschaften. Der Holztrust werde auf dem ausländischen Markte selbständig auftreten.

Die Wahlen in Litauen. Wie von der hiesigen litauischen Gesandtschaft mitgeteilt wird, verliefen die Wahlen in Litauen ruhig und ohne jede Störung. Die Wahlbeteiligung überstieg 80 Proz. Gewählt wurden: 44 Proz. Christliche Demokraten, 33 Proz. Volkssozialisten, 10 Proz. Sozialdemokraten, 3 Proz. Fortschrittler, 1 Proz. Polen, 5 Proz. Juden und 2 Proz. Parteilose.

Ist das Schutz der Republik? Die kommunistische „Niedersächsische Arbeiterzeitung" wurde auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik wegen eines Artikels mit der Ueberschrift „Die Republik der Mordbegünstigung" auf 14 Tage verboten.

Devisenkurse.

	19. Oktober		18. Oktober	
	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs
1 holländischer Gulden	1246.85	1253.15	1113	1131
1 argentinischer Papier-Peso	1147.10	1152.90	1036	1039
1 belgischer Frank	219.45	220.55	201	201
1 norwegische Krone	575.55	578.45	523	524
1 dänische Krone	644.35	647.65	578	579
1 schwedische Krone	852.85	857.15	774	776
1 finnische Mark	75.18½	75.56½	68	68
1 japanischer Yen	1531.16	1538.84	1348	1352
1 italienische Lire	134.16	134.84	122	123
1 Pfund Sterling	14264.25	14335.75	12859	12584
1 Dollar	3192.—	3208.—	2906	2904
1 französischer Frank	236.40	237.60	217	217
1 brasilianischer Milreis	885.11	856.89	822	822
1 Schweizer Frank	583.53	586.47	534	535
1 spanischer Peseta	492.76	495.24	442	443
100 österr. Kronen (abgest.)	4.43	4.47	3.98	4.02
1 tschechische Krone	104.98	105.52	95	95
1 ungarische Krone	—	—	118	118
1 bulgarischer Lewa	21.44	21.56	19	19

Knochen statt Fleisch.

Wenn früher die Hausfrau beim Fleischeinkauf möglichst wenig Knochen haben wollte, sagte der Schlächter wohlklingend: „Madamken, Se denken woll, det de Ochsen uff Sülze loofen?" Heute nehmen unbemitteltere Frauen sehr gerne Knochen, müssen darum leider oft förmlich betteln. Knochenbrühe ist der Ersatz geworden, um Gemüse und manches andere zu kochen, weil die Fleischpreise für neun Zehntel der Bevölkerung allenfalls noch an einem einzigen Wochentage erschwinglich sind. In dem gleichen Maße wie die Fleischpreise sind aber auch die Knochenpreise gestiegen. Das Pfund kostet heute 40 Mark gegen 12 Mark vor vier Wochen, wenn überhaupt welche zu haben sind. Daraus ergibt sich, daß ein nur mit Knochen, ohne Fleisch zubereitetes Gemüsegericht für 2 bis 3 Personen nicht unter 100 Mark herzustellen ist. Den Schlächtern ist aus den hohen Knochenpreisen kaum ein Vorwurf zu machen, weil sie ja die Knochen bei der Abnahme vom Viehhof mitbezahlen müssen. Deshalb kostet heute ein Pfund Spitzbeine den horrenden Preis von 150 bis 180 Mark.

Mehlschieber in städtischen Diensten.

Aufdeckung großer Veruntreuungen im Ernährungsamt.

Durch die Ueberwachungsabteilung des Magistrats sind umfangreiche Schiebungen bei der Abteilung Mehllagerung des Ernährungsamtes festgestellt worden. Auf Veranlassung der mit der Untersuchung der Angelegenheit betrauten Behörden ist bisher der Leiter der Stelle 8, Sachverständiger Schulle, der Sachverständige Mitusch und der frühere Sachverständige, jetzige Mehlhändler Levi verhaftet worden. Wir erfahren darüber folgende Einzelheiten:

Das Ernährungsamt der Stadt Berlin hat sowohl am Ost- wie am Westhafen vom Verwaltungsrat für Häfen und Schiffahrt Speicher gemietet, in denen das von der Reichsgetreidestelle angekaufte Brotmehl eingelagert ist. Bereits vor längerer Zeit sind am Westhafen kleinere Unregelmäßigkeiten vorgekommen und auf Veranlassung des Dezernenten für die gesamte Brot- und Mehlversorgung, Rechtsanwalt Fischer, ist eine Untersuchung eingeleitet worden, die zur Erhebung der Anklage gegen einige Unterbeamte führte. Das Lebensmittelamt ließ daraufhin die gesamten Bücher der Mehllagerung durch Sachverständige nachprüfen und es ergab sich, daß seit längerer Zeit Veruntreuungen vorgekommen sind. Vor allem scheint es sich darum zu handeln, daß mit Hilfe der in der Leitung der Mehllagerung, Stelle 8, sitzenden Beamten Schiebungen in der Weise vorgenommen wurden, daß an Mehlhändler gutes, zur Verarbeitung geeignetes Brotmehl als verdorbene oder beschädigte Ware verkauft wurde. Die Mehlhändler erhielten von der in der Poststraße 16 befindlichen Abteilung Anweisungen auf Entnahme größerer Posten Mehl am West- und Osthafen und erhielten auf Grund der von den Sachverständigen Schulle und Mitusch unterschriebenen Ausgabescheine dann in den Lägern größere Posten Mehl, das angeblich verdorben war, die sie dann zu Höchstpreisen an Private, an Bäcker, Konsumgenossenschaften usw. wieder abgaben. Soweit bisher festzustehen scheint, hat der frühere Sachverständige beim Lebensmittelamt, Levi, den Leiter der Mehllagerabteilung, Schulle, mit den Händlern in Verbindung gebracht. Um die Fehlbeträge in den Speichern zu decken, sind dann die Lageraufstellungen von den verantwortlichen Beamten gefälscht worden. Wie hoch die Veruntreuungen sind, läßt sich im Augenblick nicht übersehen. Weitere Verhaftungen auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft III stehen unmittelbar bevor.

Das Geheimnis der Telefunken.

Die geschäftstüchtigen Physiker.

Große Veruntreuungen bei der Telefunkengesellschaft hat die Kriminalpolizei aufgedeckt. Die Gesellschaft für drahtlose Telegraphie m. b. H. (Telefunken-Gesellschaft) unterhält neben der Großstation für den Verkehr in Deutschland auch eine Versuchsstation auf einem Versuchsplatz. In den Geschäftsbetrieben sind stündig Beamte und Angestellte auch mit neuen Erfindungen und deren Ausprüfung zur Verbesserung der Verkehrsmittel beschäftigt. So wurden auch wesentlich verbesserte Gebe- und Empfangsröhren hergestellt, die lediglich für den Betrieb der Gesellschaft bestimmt sind und nicht in den Handel kommen sollten. Trotz dieses Verschlusses jeder Veräußerung erfuhr die Gesellschaft, daß ihre Röhren mit den neu erfundenen Verbesserungen in Holland, in Amerika und in den russischen Randstaaten im Gebrauch waren. Sie machte Anzeige bei der Kriminalpolizei, und jetzt gelang es, die Wege, auf denen diese Röhren an die Verbrauchsstätten gelangt sind, klarzulegen. Als Verkäufer wurde ein Ingenieur R. aus Berlin ermittelt. Man durchsuchte dessen Wohnung und stellte aus seiner beschlagnahmten Korrespondenz fest, daß er mit den Verbrauchern einerseits und andererseits mit Angestellten der Gesellschaft, die zum Teil bei ihr noch jetzt tätig waren, in Verbindung stand. Zwei Physiker, Doktoren und ein Mechaniker wurden verhaftet. Sie sind auch geständig und wurden nach Feststellung der Tatbestände einstweilen wieder auf freien Fuß gesetzt. Das Strafverfahren gegen sie wurde eingeleitet. Es wird jedoch angenommen, daß auch noch andere Personen in die Veruntreuungen verwickelt sind.

Jugendpflegewoche im Bezirk Kreuzberg.

Die vom Bezirksjugendamt des Verwaltungsbezirks Kreuzberg veranstaltete Jugendpflegewoche begann am Mittwoch mit einer Eröffnungsfeier. In einem einleitenden Vortrag erörterte Stadtrat Dittmer, der Dezernent des Bezirksjugendamtes, die Aufgaben der Jugendpflege und ihre bisherigen Leistungen im Bezirk. Den Schädigungen der Jugend durch Berufsarbeit und Großstadtleben muß entgegenwirken die körperliche und geistige Förderung durch Speisung des Schulkindes, durch Spiele und Sport, Wanderungen und Landaufenthalt, Lektüre und Musik. Genosse Dittmer bedauerte, daß jetzt die Jugendpflege durch Geldmangel erschwert wird. Das Bezirksjugendamt hat aber selbst mit geringen Mitteln bereits Wertvolles geleistet. Geplant ist für den Bezirk ein Jugendpflege-Ortsausschuß. Direktor Dr. Häußler schilderte die Arbeit des von ihm geleiteten Zentraljugendamtes der Stadt Berlin. Er erwähnte dabei verschiedene Pläne der nächsten Zeit, die Projekte neuer Spielplätze (mit 140 Mill. M. Kosten), einen Volkstanzwettbewerb, einen Schneeschuhwerbetag (in den Bergen Freienwaldes). Verschönt wurde die Eröffnungsfeier der Jugendpflegewoche durch gut ausgeführte Hausmusik (Flöte, Bratsche, Gitarre).

Diebstähle bei der Kleider-Verwertungs-Gesellschaft.

Kleiderdiebstähle bei der KVG., bei der Waren im Werte von über 100 000 M. gestohlen wurden, führten gestern zwei Angestellte dieser Gesellschaft namens Bügelstein und Zellmer, sowie den Händler Adler und dessen Angestellten Miechodz vor das Schöffengericht Berlin-Mitte. Die von B. und Z. gestohlenen Anzüge waren auf originelle Art und Weise durch den R. fortgeschafft worden. Dieser Angeklagte hatte sich nämlich von Fall zu Fall in der Toilette der KVG. jedesmal den gestohlenen Anzug angezogen und damit unbehelligt die Straße erreicht, wo ihn Adler erwartete und mit Kennermiene den Wert gleich abtaxierte. Während in der Voruntersuchung sowohl Adler eingestanden hatte, von den Diebstählen gewußt zu haben, als auch die drei andern Angeklagten ihn in ihren Aussagen damit belastet hatten, zogen merkwürdigerweise die drei Angeklagten in der gestrigen Verhandlung ihre belastenden Aussagen zurück. Das Gericht verurteilte sie sämtlich zu je drei Monaten Gefängnis. Darüber hinaus gewährte es den Angeklagten eine Bewährungsfrist, falls Adler 50 000 M., die andern je 9000 M. in monatlichen Raten von 1000 M. Buße zahlen.

Die Vorfälle am Zirkus Busch.

Vom Proletarischen Gesundheitsdienst geht uns ein Schreiben zu, das auf die Hilfeleistungen dieser Organisation bei den Vorgängen am Zirkus Busch Bezug nimmt. Das Schreiben wendet sich gegen Behauptungen, die in einem Teil der Berliner Presse aufgestellt worden sind und hat folgenden Wortlaut:

„Der Proletarische Gesundheitsdienst hat nicht, wie behauptet worden ist, vom Morgen des 15. Oktober an in Erwartung von Gewalttätigkeiten Rettungsstationen errichtet, sondern er ist von Verwundeten und deren Angehörigen erst nach Ausbruch der Schlägerei angerufen worden und zur Hilfeleistung herbeigeeilt. Das Haus Burgstr. 28 wurde deshalb gewählt, weil beim Eintreffen der Sanitätskolonne in seinem Torbogen und Hof bereits zahlreiche Blutende und Ohnmächtige untergebracht waren. Der Proletarische Gesundheitsdienst half unterschiedlos den Verwundeten beider Parteien. Mehrere bürgerliche Verletzte dankten den Arbeitersanitätern für ihre ritterliche Hilfe und zeigten sich sogar durch freiwillige Geldspenden in die Kasse des Gesundheitsdienstes erkenntlich. Von den im Zirkus Busch tätigen Roten-Kreuz-Schwestern wurde der Proletarische Gesundheitsdienst zu Hilfe gerufen und leistete dem Ruf sofort Folge. Diese Kolonne wurde später unter unflätigen Beschimpfungen („Kommunistische Hunde!", „Schlagt die Judenlümmel nieder!" usw.) in ihrer Sanitätsarbeit gestört und aus dem Zirkus verwiesen. Es ist nicht wahr, daß die Mitglieder des Proletarischen Gesundheitsdienstes sich irgendwie an den Kämpfen beteiligt haben. I. A.: Dr. med. Lothar Wolf.

Die Hausleistungen.

Ein Versuchsballon der Hausbesitzer.

Die Groß-Berliner Hausbesitzer sind von ihrer Bundesleitung aufgefordert worden, sich keine Kürzung ihrer im Oktober zur Bezahlung „fällig gewordenen" Hausrechnungen gefallen zu lassen, sondern bei der Umlage auch Bezahlung der Hausleistungen für die Monate Juli, August, September zu verlangen und sich sofort an das Mieteinigungsamt zu wenden. Wenn das alle Hausbesitzer befolgen, werden wohl sämtliche Groß-Berliner Mieter vor ihr Mieteinigungsamt geladen werden müssen. Die behördliche Zustimmung zu dieser Forderung der Hausbesitzer wäre ein glatter Rechtsbruch. Die gesetzliche Miete tritt durch die eigenen schriftlichen Erklärungen der Hausbesitzer fast überall mit dem 1. Oktober in Kraft. Solange sie nicht in Kraft tritt, sind alle Forderungen der Hausbesitzer durch den bisher gezahlten 120-prozentigen Zuschlag abgegolten. Von rückwirkender Kraft steht im Reichsmietengesetz und in den Ausführungsbestimmungen nicht ein Wort. So etwas hat der Gesetzgeber auch nicht beabsichtigt. Hätten die Mieter durch Umlage auch Leistungen zu bezahlen, die vor dem 1. Oktober liegen, so müßten sie jetzt unter Umständen auch die gestundeten Hausschulden mitbezahlen. Der Standpunkt der Gesetzesunterleger in der Bundesleitung ist auch keineswegs derjenige der redlich denkenden und die Gesetze achtenden Hausbesitzer.

Achtung, Konsumgenossenschaftler! Heute abend 6 Uhr findet im Gewerkschaftshaus, Saal 4, eine Genossenschaftsratsversammlung statt, in der die Geschäftsberichte für das Jahr 1921/22 erstattet, die Genehmigung der Bilanz und des Verteilungsplanes ausgesprochen und über die Vorschläge zur Wahl der Aufsichtsratsmitglieder und deren Ersatzpersonen Beschluß gefaßt werden soll. Zu dieser wichtigen Versammlung ist das Erscheinen aller Genossenschaftsratsmitglieder notwendig.

Volkshochschule Groß-Berlin. Am Freitag abend 7 Uhr beginnt im Französischen Gymnasium, Reichstagsufer 6 eine Arbeitsgemeinschaft über Jugendbewegung und Kultur. Es wird das Verhältnis der Jugendbewegung zur Familie, zum Volkstum, zum Staat, zur Gesellschaft, zur Partei, zum Beruf, zur Schule, zur Wissenschaft und zur Religion behandelt.

Das Tuberkulosegesetz. Der Verband der Lungen- und Tuberkulosekranken Deutschlands läßt eine öffentliche Versammlung am Sonntag, den 22. Oktober, vormittags 10 Uhr, in den Sophiensälen, großer Saal, Sophienstr. 17/18, ab. Thema: „Was haben wir von dem zur Beratung stehenden preußischen Tuberkulosegesetz zu erwarten?" Referent: Landtagsabgeordneter Dr. Weyl. Zu dieser Versammlung sind die Vertreter des Wohlfahrtsministeriums, des Bevölkerungsausschusses, die Gesundheitsdeputation der Stadtgemeinde Berlin, die Aerzteschaft und die Vertreter der gesamten Presse öffentlich eingeladen.

Kleine Ursachen, große Wirkungen. Ein Großfeuer vernichtete in der Spinnerei und Weberei von Thomas in Bautzen die Druckerei und einen Teil der Weberei. Der Schaden an Gebäuden, Maschinen und Fertigfabrikaten usw. wird auf 100 Millionen Mark geschätzt. 200 Arbeiter sind zunächst beschäftigungslos geworden. Der Brand ist dadurch entstanden, daß ein jugendlicher Arbeiter mit einem Zündholz unvorsichtig umgegangen ist.

Ein Raubmord in Dortmund. Aufgefunden wurde am 5. d. M. in Dortmund ermordet und beraubt eine Witwe Wolf in der Münster Straße 52. Sie war erwürgt und mit einem Taschentuch geknebelt und die Hände waren ihr gefesselt. Geraubt waren Kleidungsstücke und Schmucksachen von hohem Werte. Der Täter ist wahrscheinlich ein junger Mann von 19 bis 20 Jahren, der die Berliner Mundart spricht und sich wieder nach Berlin gewandt hat.

Ein Lastauto überfahren. Am 18. d. M. gegen 9,20 Uhr vormittags überfuhr der Personenzug Nr. 755 auf einem unbewachten Wegübergang der Strecke Kreuztal—Ferndorf ein Lastauto der Hausbrauerei in Crombach (Kreis Siegen). Der Lastkraftwagen wurde vollständig zertrümmert und die Zuglokomotive unerheblich beschädigt. Der Kraftwagenführer Otto Sturn aus Crombach wurde schwer verletzt und in das Marienhospital in Siegen übergeführt. Der Begleiter des Kraftwagens kam mit leichteren Verletzungen davon. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Zum Untergang der „Hammonia". Das Seeamt Hamburg fällte gestern seinen Spruch über den Untergang des Hapag-Dampfers „Hammonia". Der Spruch stellt fest, daß die Schiffsleitung keine Schuld an dem Unglück treffe, sondern daß von ihr alles versucht worden sei, um das Schiff zu halten. Der einzige Vorwurf, der gemacht werden muß, betreffe das nicht mit genügender Sorgfalt ausgeführte Abdichten der Kohlenpforten im Hamburger Hafen. In dem Spruch wird weiter erklärt, den an der Rettung der Passagiere beteiligten Kapitänen mehrerer englischer Dampfer gebühre Dank.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Trocken und vielfach heiter, vorübergehend wieder stärker bewölkt, nachts leichter Frost, auch am Tage kühl bei ziemlich frischen östlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Morgen, Freitag, den 20. Oktober:

14. Kreis. Neukölln. 7½ Uhr, Konferenz sämtlicher weiblicher Funktionäre in der „Vorwärts"-Expedition, Dreikaiserstr. 2.

111. Abt., Rahnsdorf. 8 Uhr Mitgliederversammlung der Vereinigten SPD. bei Ehl, Schulzendorfer Straße. Vortrag.

Frühere USPD.

2. Abt., 2. Bezirk, jetzt 6. Abt. Freitag abend 7½ Uhr Mitgliederversammlung bei Wittner, Schwedter Str. 24.

Gewerkschaftsbewegung

Die Dienstschicht bei der Eisenbahn.

Durch einen Erlaß des Reichsverkehrsministeriums über „Vorläufige Dienstdauervorschriften für das Betriebs- und Verkehrspersonal der Deutschen Reichsbahn" hat die Arbeitszeit eines Teiles des Reichsbahn-Personals eine Neuregelung erfahren. Eine derartige Regelung der Diensteinteilung nach besonderen Dienstdauervorschriften ist an sich bei den deutschen Reichsbahnen nicht neu. Die Regelung des Dienstes erfolgte bis zur Einführung des neuen Erlasses nach den Dienstdauervorschriften von 1912, die natürlich ohne Rücksicht auf den Achtstundentag, ja überhaupt ohne Rücksicht auf eine Begrenzung der täglichen oder wöchentlichen Arbeitszeit geschaffen waren, aber auch unter der Achtstundentagsverordnung in Anwendung bleiben mußten, bis sie durch den eingangs erwähnten Erlaß vom 5. August 1922 außer Kraft gesetzt werden konnten.

Schon die Vorbereitung der Dienstdauervorschriften, die in langwierigen Verhandlungen der Verwaltung mit den Gewerkschaften erfolgte, hat einiges Aufsehen in der Oeffentlichkeit erregt, und auch mit Recht. Die Schwierigkeit der Neuregelung und die wesentliche Frage, die die Verhandlungen beschäftigte, bestand in der Erfassung und praktischen Anwendung des Begriffs der Dienstbereitschaft, der erst durch den Achtstundentag Bedeutung erlangt hat. Als das Maß der täglichen Arbeitszeit keine gesetzliche Grenze kannte, da spielte auch die Dienstbereitschaft für die Gestaltung der Diensteinteilung keine Rolle. Nachdem jedoch das Höchstmaß der Arbeitszeit auf acht Stunden festgesetzt war, unterschied die Reichsbahnverwaltung sehr scharf zwischen Dienstbereitschaft und Arbeitszeit. Die Abgrenzung dieser beiden Begriffe genau festzustellen, das Maß der Anrechnung der Dienstbereitschaft als Arbeitszeit möglichst gerecht zu bestimmen und auf solche Weise die Anwendung des Achtstundentages auf die komplizierten Betriebsverhältnisse der Eisenbahn in eine den Betriebsbedürfnissen angepaßte Form zu bringen — das waren die Fragen, die die Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Verwaltung beschäftigten.

Der Versuch, diesen entscheidend wichtigen Fragen in der Praxis zu Leibe zu gehen, führte zu einer Unterscheidung zwischen Arbeitszeit und Dienstschicht, wobei die erste acht Stunden nicht überschreiten darf, während die letzte — unter bestimmten Betriebsbedingungen — bis zu einem in den Dienstdauervorschriften festgesetzten Höchstmaß ausgedehnt werden kann. Die auf solche Weise geschaffene neue Grundlage für die Regelung des Dienstes bei der Reichsbahn dürfte für die gesetzliche und tarifvertragliche Regelung der Arbeitszeit in Zukunft große Bedeutung erlangen.

Darum ist es zu begrüßen, daß der Deutsche Eisenbahnerverband in gemeinsamer Bearbeitung mit der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahner die Dienstdauervorschriften nebst ausführlichem Kommentar in einer gut ausgestatteten Broschüre*) herausgegeben hat. Die Schrift würdigt in einer Einleitung die Bedeutung dieser Neuregelung und gedenkt vor allem der bedeutsamen Tatsache, daß die Dienstdauervorschriften, obwohl sie im Gewande eines Erlasses des Reichsverkehrsministeriums vor der Oeffentlichkeit erscheinen, nicht ein einseitiger Verwaltungsakt der Reichsbahnverwaltung, sondern das Ergebnis langer und ernster Beratungen mit den Spitzengewerkschaften und Eisenbahnerverbänden sind. Dieser Verständigung ebnen auch die Dienstdauervorschriften die Bahn, indem sie der Mitwirkung der Betriebs- und Beamtenräte bei der Aufstellung der einzelnen Dienstpläne Raum geben. Beachtung verdient es vor allem, daß eine Regelung in solcher Form hier zum erstenmal für eine außerordentlich wichtige Beamtenkategorie erfolgt. Die Broschüre verdient die Beachtung der gesamten Gewerkschaftsbewegung.

Die Kommunisten und die Gewerkschaften.

Der Zentralausschuß der KPD. hat sich wieder einmal mit den Gewerkschaften befaßt. Trotz allem Betriebsräterummel wissen die Kommunisten sehr wohl, daß es ihnen nur durch die Gewerkschaften noch möglich ist, an die „Massen" heranzukommen. Deshalb widmen sie den Gewerkschaften, zum Schaden der Arbeiterschaft, ihre besondere Aufmerksamkeit.

Zunächst bestand die Taktik der Kommunisten in der offenen Spaltung: sie gründeten eigene Gewerkschaften. Dann kam der Befehl von Moskau, die Gewerkschaften von innen heraus zu spalten. Die Kommunisten, die sich von den übrigen Arbeitern dadurch unterscheiden, daß sie keine eigene, sondern nur die von Moskau ihnen vorgeschriebene Meinung haben dürfen, schwenkten ein. Die Periode des Zellenbaus begann. Unter der verlogenen Parole der „Einheitsfront" begann eine systematische Zersetzungsarbeit. Der Erfolg war minimal. Nur bei den Arbeitergruppen, die vor der Revolution aus den bekannten Ursachen so gut wie nicht organisiert waren, bei den Landarbeitern und den Eisenbahnern haben die Kommunisten einige vorübergehende Teilerfolge.

Ueber dieses magere Resultat hat nun der Zentralausschuß der KPD. zwei Tage lang, am 15. und 16. Oktober, beraten. Eine andere Taktik durfte er nicht beschließen, weil der Ukas von Moskau noch besteht. Es blieb also nichts weiter übrig, als eine Resolution von der üblichen Länge und dem bekannten Kaliber zu fabrizieren. Natürlich wird da noch verkündet, daß dank „der planmäßigen Arbeit unserer Gewerkschaftsfraktionen" der Einfluß der Kommunisten wächst, blüht und gedeiht. Trotz dieses Eingeständnisses, daß die Kommunisten planmäßig die Gewerkschaften von innen heraus unterwühlen, werden natürlich die Amsterdamer der Spaltung bezichtigt. Man findet dann noch die üblichen Schimpfereien, aber was man vergeblich dort suchen wird, sind Anleitungen, wie es besser gemacht werden könnte. Dieses Produkt zweitägiger Beratungen ist von einer geradezu erschreckenden Geistesarmut.

*) Vorläufige Dienstdauervorschriften. Verlag des Deutschen Eisenbahner-Verbandes, Berlin W. 50, Rankestr. 4. Preis 50 M., für Mitglieder des DEV. 25 M.

Neue Löhne der Mühlenarbeiter.

Durch Abschluß eines neuen Lohnabkommens wurde für die im Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter organisierten Mühlenarbeiter Groß-Berlins am 17. Oktober eine Lohnbewegung beendet. Der Lohn der Gelernten wird ab 16. Oktober wöchentlich um 800 M. und ab 1. November um weitere 700 M. erhöht. Bei den Ungelernten beträgt die Zulage 750 M. bzw. 700 M., bei den Frauen 550 bzw. 500 M. Demnach beträgt der Lohn für Gelernte ab 16. Oktober wöchentlich 4800 M., ab 1. November bis einschließlich 15. November 5500 M. Ungelernte erhalten 4700 M. bzw. 5400 M., Arbeiterinnen 3200 bzw. 3700 M. Außer den vorgesehenen Löhnen erhält jeder Arbeitnehmer wöchentlich 4 Pfund Freimehl.

Neue Löhne im Buchhandelsgewerbe.

Ueber das Resultat der Lohnverhandlungen mit den Arbeitgebern wurde am Mittwoch abend in einer gut besuchten Versammlung der im Buchhandel beschäftigten Transportarbeiter von Schade und Podobrin berichtet. Für die Zeit vom 16. Oktober bis 15. November sollen erhalten: Markthelfer und Packer über 20 Jahre im ersten und zweiten Jahre ihrer Tätigkeit in buchhändlerischen Betrieben 3850 M., nach einer längeren Tätigkeit 3950 M. wöchentlich. Packerinnen und Lagerarbeiterinnen über 20 Jahre — soweit sie im Betrieb in Frage kommen — 2950 bzw. 3020 M. Kassierer und Kutscher 3950 bzw. 4050 M. Boten und Radfahrer sowie jugendliche Markthelfer und Packer unter 20 Jahren erhalten vom 14. bis zum vollendeten 15. Lebensjahre 1160 M., darüber hinaus bis zum 16. Lebensjahre 1260 M., bis zum 17. Lebensjahre 1560 M., bis zum 18. Lebensjahre 1950 M., bis zum 19. Lebensjahre 2450 M. und bis zum 20. Lebensjahre 2750 M.

Arbeiterinnen in dieser Gruppe erhalten 15 Proz. weniger. Aeltere Boten und Radfahrer sollen den Lohn der Markthelfer und Packer erhalten. Den verheirateten Packern, Kassierern und Kutschern wird eine Sonderzulage in Höhe von 300 M. wöchentlich gewährt. — Aushilfspacker (ledig und verheiratet) erhalten pro Stunde 95 M. Ueberstunden werden nach den Bestimmungen des Manteltarifs bezahlt, jedoch mit der Maßgabe, daß als Höchstgrenze für die Ueberstunde 80 M. festgesetzt werden. Die Abmachungen entsprechen den Richtlinien, die von einer Funktionärkonferenz für die Lohnverhandlungen aufgestellt worden sind. In den nächsten Tagen soll eine Konferenz von Vertretern der im Buchhandel beschäftigten Arbeiter aus den für diesen Handel vornehmlich in Frage kommenden Städten, wie Berlin, Leipzig, Stuttgart, München, Jena usw. stattfinden, um Richtlinien für wichtige Fragen festzulegen. Berlin wird durch Schade und Podobrin vertreten sein.

Charlottenburger Gewerkschaftskommission. In der Delegierten- und Funktionärversammlung vom Sonnabend wurden, nach einem Referat des Genossen Knoll über die Ursachen der Teuerung und die Mittel zu ihrer Bekämpfung, die Genossen Mitsching, Flemming, Ganschow, Henckel, Hoffmann und Scheible als Kandidaten zum Unterversicherungsamt Charlottenburg aufgestellt. — Genosse Hinrichsen sprach noch über die Bestrebungen der „Freien Schulgemeinde Charlottenburg", die auf schulpolitischem Gebiete noch vieles leisten soll. Die Gewerkschaftskommission trat sofort als Korporation dieser Gemeinde bei und erwartet noch von jedem einzelnen, daß er sich dieser Gemeinde anschließt.

Achtung Buchbinder! Bei der Geschäftsbücherfabrik Babisch u. Co., Berlin, Sebastianstr. 6/7, sind Differenzen ausgebrochen. Die Kollegenschaft ist ausständig, die Firma ist für Buchbinder, Buchdrucker, Hilfsarbeiter und Transportarbeiter gesperrt.

Die Ortsverwaltung.

Wirtschaft

Den finanziellen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland war eine besondere Sitzung des Instituts für Wirtschaftsforschung beim russischen Finanzkommissariat gewidmet. Die Beratung gelangte zu der Ansicht, daß Deutschland, selbst wenn keine baldige günstige Lösung der Reparationsfrage erfolge, schon jetzt in der Lage sei, Industriegründungen und Handelsunternehmungen in Rußland zu finanzieren. Auf eine direkte Kreditgewährung in Form einer Staatsanleihe an Rußland oder Placierung von Obligationen einer russischen Anleihe in Deutschland sei zurzeit nicht zu rechnen, solange Deutschland unter dem Drucke seines Gläubigers, der Entente stehe. Dagegen wäre die Form des holländisch-deutschen Abkommens über Veredelungskredite auch auf die deutsch-russischen Beziehungen anwendbar, wenn das deutsche Kapital sich dazu entschlösse, den betreffenden Kreditfonds in einer stabilen, etwa der schwedischen Währung zur Verfügung zu stellen. Kurzfristige Kredite könnten auch in der Form gewährt werden, daß deutsche Banken ihre Filialen in Rußland eröffnen oder auch besondere Kreditinstitute geschaffen werden, die gemeinsam mit den deutschen Banken, der russischen Staatsbank und den russischen Privatbanken in Rußland arbeiten würden. Für langfristige Kredite käme die Konzessionsverleihung oder Verpachtung industrieller Unternehmungen in Frage; aber auch die Gründung neuer deutscher Unternehmungen, besonders des Handwerks und der Kleinbetriebe, müßte nach Möglichkeit begünstigt werden.

Die Auflösung des Agrarkommunismus in Rußland. Der Oktobertagung des Allrussischen Zentralexekutivkomitees wird der Entwurf der russischen Bodengesetze zur Beschlußfassung vorliegen. Der Entwurf stellt eine Erweiterung und Ergänzung des auf der letzten Tagung des AZEK. beschlossenen Gesetzes dar. Der Entwurf dürfte noch heftig umstritten werden. Die Moskauer „Prawda" schlägt Alarm, weil sich in dem neuen russischen Agrarkurs eine neutrale Haltung der Gesetzgebung und der Sowjetregierung gegenüber den verschiedenen Formen der Bodennutzung bekunde. Die Folge davon sei, daß die Bauernschaft nunmehr die Bodenfrage zugunsten der Einzelhofwirtschaft gegenüber der kollektiven Siedlungswirtschaft zu lösen beginne. Im Gouvernement Smolensk haben sich 85 Proz. der Bauernschaft auf den Dorfversammlungen für Einzelhofwirtschaft und nur 15 Proz. für Siedlungswirtschaft ausgesprochen. Die Bauern zahlen den Landmessern große Summen für die Zumessung von Einzelparzellen und entfalten eine emsige Tätigkeit bei der Umgestaltung ihrer Wirtschaften.

Goldnoten der russischen Staatsbank. Ein Dekret der Sowjetregierung gestattet der Staatsbank die Emission von besonderen Banknoten, die auf eine neue Geldeinheit, „Tscherwonzy" (Gulden) genannt, lauten. Die Noten werden in Höhe von 1, 2, 3, 5, 10, 25 und 50 Tscherwonzy ausgegeben, wobei ein solcher Gulden den Wert von je 10 Goldrubeln haben soll. Die Noten müssen volle Deckung haben, und zwar mindestens zu einem Viertel durch Edelmetall und stabile Auslandsvaluten, der Rest durch leicht realisierbare Waren und kurzfristige Wechsel und Darlehen. Später sollen die Noten gegen Gold frei einlösbar gemacht werden. Ueber die Zahl der ausgegebenen Noten und ihre Deckung hat die Staatsbank alle zwei Wochen Ausweise zu veröffentlichen. Die Staatsbank kann ihre Darlehen in den neuen Noten auszahlen, die auf sämtlichen Börsen umgesetzt werden dürfen. Mit besonderer Genehmigung der Regierung kann die Bank auch dem Finanzkommissariat Kredite in neuen Noten, jedoch nur gegen Deckung durch Gold von mindestens 50 Proz. und durch Staatsschuldscheine für den Rest der Summe geben.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Victor Schiff, Berlin; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3

Zähne 60 u. 80 M. mit Friedenskautschuk
Schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen von 100 Mark an
Spez.: Zähne ohne Gaumen. Keine Luxuspreise.
Zahn-Praxis Katvani, Danziger Straße 1.

Gewinn-Auszug
der
20. Preuß.-Südd. (246. Preuß.) Klassen-Lotterie

5. Klasse — 8. Ziehungstag — 18. Oktober 1922

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Ohne Gewähr. — Nachdruck verboten.

In der Abteilung 1 wurden Gewinne über 1500 Mark gezogen:

2 zu 10000 M 200[illegible]
10 zu 5000 M 156093 161424 201811 236189 [illegible]00131
138 zu 3000 M 8710 14040 15601 16638 [illegible] 26972 39278 41706 45[illegible] 68377 71668 72[illegible]72 787[illegible]5 76[illegible]65 77619 78829 8[illegible]135 99211 109604 1169[illegible]6 1[illegible]7287 120[illegible]96 123122 126969 13[illegible]69 13[illegible]701 141905 14[illegible]036 15[illegible]38 178106 18[illegible]83 188350 100398 200434 100396 20[illegible]627 209266 220800 226053 2[illegible]8698 [illegible]25445 [illegible] 23[illegible] 256719 237088 [illegible]69109 263173 252[illegible]5 [illegible]6[illegible]641 270650 271190 272461 2[illegible]3278 285464 28[illegible]714 29[illegible] [illegible]928[illegible]3 [illegible]01962 304[illegible]94 312[illegible]96 3[illegible]0191 314589 33316[illegible] 343[illegible]41 349560 359531 36[illegible]583 368147 359657

In der Abteilung 2 wurden Gewinne über 1500 Mark gezogen:

2 zu [illegible]0000 M [illegible]15[illegible]9
8 zu 6000 M 69965 135251 160995 [illegible]13661
20 zu 5000 M 14720 25454 40059 44901 61166 113025 236997 299338 304174 345336
11[illegible] zu 3000 M 4303 111[illegible]0 13270 65807 67933 6909[illegible] [illegible]0726 71618 718[illegible]5 72261 67690 [illegible]38[illegible]8 105[illegible]99 116098 120[illegible]0 [illegible]27642 147754 153[illegible]15 1[illegible]6560 169372 17[illegible]607 17[illegible]692 177[illegible]8 [illegible]81663 187811 19443[illegible] 1967[illegible]3 197816 206591 205[illegible]15 215773 215672 [illegible]30704 2546[illegible]0 258283 259[illegible]05 259271 242481 245454 251384 260140 [illegible]60[illegible]63 27[illegible]699 277470 280404 [illegible]8[illegible]48 29[illegible]067 290923 300503 301[illegible]08 31[illegible]677 3[illegible]6546 3[illegible]0234 [illegible]429[illegible]9 [illegible]48410 3665[illegible]9 3[illegible]49 371922 37[illegible]7[illegible]5

In der Abteilung 3 wurden Gewinne über 1500 Mark gezogen:

2 zu 15000 M 117743
12 zu 10000 M 18[illegible]6 54495 68176 94010 150457 200303
24 zu 5000 M 63764 118127 170635 126708 138[illegible]8 203020 24[illegible]838 256606 99557 30[illegible]40 [illegible]17580 [illegible]8[illegible]089
128 zu 3000 M [illegible]847 3680 [illegible]3[illegible]30 [illegible]1623 23460 28567 337[illegible]6 4218[illegible] 43[illegible]18 6033[illegible] 682[illegible] 72[illegible]6[illegible] 74[illegible]61 65660 9[illegible]716 49682 [illegible]101[illegible] 11[illegible]228 12[illegible]490 122117 1[illegible]4096 137712 1[illegible]6623 [illegible]4613[illegible] 152691 1[illegible]9[illegible]10 1[illegible]3789 [illegible]656[illegible]2 172090 178[illegible]07 18[illegible]057 194458 201642 203819 204408 [illegible]07[illegible]42 [illegible]08[illegible]77 21[illegible]6[illegible]6 2[illegible]5113 2[illegible]6454 22628[illegible] 24599[illegible] 265704 [illegible]67160 272[illegible]81 273[illegible]07 275360 27[illegible]44 285192 299028 305719 311924 [illegible]12540 319834 330[illegible]21 3[illegible]099 3[illegible]0130 33[illegible]757 3374[illegible]8 356313 3[illegible]6475 34[illegible]74 345[illegible]08 351306 3[illegible]803 359440 36148[illegible] 368[illegible]45 371[illegible]57

Die in dem vorstehenden Gewinn-Auszug nicht enthaltenen niedrigeren Gewinne sind aus den Listen zu ersehen, die bei den staatlichen Lotterie-Einnehmern zur unentgeltlichen Einsicht ausliegen.

Genau auf Firma achten!
Viel Geld
spart, wer jetzt kauft!!
Eh's zu spät wird!
Größte Eile geboten! Preise steigen!
Wunderbare, nur erstklassige
Anzüge / Schlüpfer
Winterpaletots
Gummimäntel / Hosen
weit unter Tagespreis!
Sichern Sie sich durch Anzahlung gekaufte Waren zur späteren Abholung!
Hugo Simon
Spezialhaus für erstklass. Herrenkleidung
Charlottenburg
133 Wilmersdorfer Str. 133
an der Bismarckstrasse.
Weitester Weg lohnend!!
Genau auf Firma achten!
Genau auf Firma achten!

Perser-Teppiche
Klaviere, Flügel
höchste Tagespr. zahlt
[illegible] Pallisadenstr. 9, Kurf. 9158
Brillanten

Arbeitskleidung
Hosen
von 390 bis 1900 M
Hemden, Unterhosen, Socken
Berufskleidung
Gute Ware! Billigste Preise!
Gerh. Kohnen,
Neukölln,
Hermannstr. 76/77.

Stoff-Reste-Haus
A. M. Steinhardt
18 Kottbuser Damm 18
Schöne Reste
für
Herren-Anzüge
Mäntel
Kostüme
Kleider
in Stoff, Samt und Seide, sowie Futterstoffe. Ständig sehr große Auswahl.
Streng reell, [illegible] Qualitäten.

Bettwäsche
zu Fabrikpreisen!
Dam.-Hemd., Handtüch., Tischt., Schürz.
Ausschneiden!
Eckebrecht, [illegible]

Juwelen,
Gold- und
Silber-Bruch
kauft zum höchsten Tagespreis
Leihhaus Zehden,
Karlstr. 24.

Gold-Silber-Platin
Ringe, Ketten, Löffel, Bestecks etc.
Brillanten, Zahngebisse
kauft höchstzahlend
Erich Fuhrmann
Gotzkowskystr. 13

Die große
Jubiläumsausgabe:
FLATOW
Kommentar
zum
Betriebsrätegesetz
Auflage 95 bis 125000
Vollkommen neugestaltet unter Benutzung aller Literatur zum modernen Arbeitsrecht und Anführung der ergangenen Entscheidungen. Auch das Betriebsbilanzgesetz und das Aufsichtsratsgesetz nebst Wahlordnung sind für den Gebrauch in der Praxis sorgfältig erläutert.
PREIS GEB. 320 MK.
Buchhandlung
VORWÄRTS
Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Erfolg
haben Inserate im
Vorwärts

Juwelen Perlen
Margrat & Co.
Berlin, Kanonierstr. 9
Gesonderte Ankaufs-Abteilung